

Ukrainian, or was their vernacular a distinct language that had not yet been standardized? As before World War I, in interwar Czechoslovakia, each possible answer was highly loaded and had wide political implications. Choosing Russian would question Ukrainian nationhood; opting for Ukrainian challenged Hungarian rule before the war and Czechoslovak rule during the wars; while developing a local idiom would have also challenged the centralized governance of Czechoslovakia and the superiority of Czech culture that rested, among other factors, on the high Czech literary traditions, in contrast to the peasant vernacular used in Subcarpathian Ruthenia. R.-P. shows how central a role security concerns played when individual actors argued for their own linguistic agenda and how these security dilemmas prevented authorities from finally opting for any of the solutions. The final triumph of Ukrainian came only after the incorporation of the region into Soviet Ukraine after World War II.

Another telling example of how a seemingly apolitical issue could be read through the lenses of security is the controversy between the Greek Catholic and the Orthodox churches. As R.-P. explains, during the initial years of the first Czechoslovakia, it was cheaper to belong to an Orthodox church because Greek Catholic parishes levied higher church taxes. What for the flock was a question of church tax, seemed a primary security issue for the authorities due to the Russian and Yugoslav connotations of the Orthodox church and the Hungarian affiliation of the erstwhile high clergy of the Greek Catholic church.

In reading about the case studies that accidentally became charged with security concerns, one is tempted to refer to the interwar Hungarian propaganda that accused Czechoslovakia of the same charges: that Czechoslovakia misgoverned Subcarpathian Ruthenia and harassed its non-Slavonic, in particular Magyar, population by questioning their loyalty at every possible opportunity. *Fremde Peripherie* ironically demonstrates that the Hungarian (and also the German) propaganda indeed had some truth. What *Fremde Peripherie* conveys, however, is more than simply the several flaws of interwar Czechoslovak democracy. This book is more about the longevity of how states operate, irrespective of whether the state is liberal but not democratic, as was the case of prewar Hungary, or national democratic, as was the first Czechoslovakia, or even a dictatorship, as were all regimes in Subcarpathian Rus' during and after World War II. The operations of state bureaucracies are necessarily interwoven with security concerns, so it shall come as no surprise that interwar Czechoslovakia is no exception to this rule.

Having analyzed sources in all relevant languages, R.-P. does transnational history at its best, paired with solid evidence and thorough methods. It should be a suggested reading for students of interwar Czechoslovakia and anyone interested in how state administrations learn about their populace, how the states "see" and through which mechanisms they identify their allies and enemies.

Graz

Bálint Varga

Hanna Kozińska-Witt: Jüdische Stadtdeputierte in der Zweiten Polnischen Republik. Projekte – Strategien – Dynamiken. (Polen: Kultur – Geschichte – Gesellschaft, Bd. 6.) Wallstein. Göttingen 2021. 316 S. ISBN 978-3-8353-3380-2. (€ 36,90.)

Die Historikerin Hanna Kozińska-Witt ist seit vielen Jahren eine ausgewiesene Expertin für die Stadt- und Kulturgeschichte Polens seit dem späten 19. Jh. Ihr besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Geschichte der jüdischen Bevölkerung. In der Einleitung zu ihrem neuesten Werk stellt sie fest, dass Juden und Jüdinnen in der Zweiten Polnischen Republik zwar kaum im Staatsdienst, aber zahlreich in der Kommunalpolitik aktiv gewesen seien. Daraus resultiert die spannende Frage, inwieweit die Stadtparlamente als „Kontaktzonen“ (S. 14) anzusehen sind oder ob jüdische Deputierte, der These Robert Blochs zufolge, den politischen Gegnern stets allein gegenüberstanden.

K.-W. benennt drei Untersuchungsachsen für ihre Fallstudien zu Krakau (Kraków), Posen (Poznań) und Warschau (Warszawa): erstens das Fortwirken regionaler Traditionen,

zweitens die Aufbrüche durch Demokratisierung, festgemacht vor allem an den kommunalen Wahlordnungen, und drittens das Verhältnis von Kommunalpolitik und staatlichem Interventionismus bzw. Autoritarismus insbesondere in den 1930er Jahren. In den Blickpunkt rückt sie Akteure aus den sich explizit als jüdisch definierenden Parteien, womit jüdische Mitglieder der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) erklärtermaßen außerhalb der Betrachtung bleiben. Das jüdische Engagement wird anhand klassischer Themen der *urban history* wie der Sozialfürsorge und der Stadtentwicklung untersucht. Die Quellengrundlage der Arbeit besteht überwiegend aus gedruckten Quellen sowie Zeitungen und Zeitschriften in polnischer Sprache. Die Archivalien aus den Staatsarchiven Posen und Krakau, dem YIVO in New York sowie dem Jüdischen Historischen Institut in Warschau sind von Umfang und Bedeutung dagegen eher randständig.

Für Krakau konstatiert K.-W. zustimmend zu Karen Barkey,¹ dass die „legacies of the Imperial Past“ (S. 30) hier am stärksten und demzufolge auch in der Kommunalpolitik spürbar gewesen seien. In der informellen liberal-konservativ-jüdischen „Großkoalition“ (S. 32) seien die Vorkriegshierarchien noch präsent gewesen, zumal das Stadtparlament nach einem erweiterten Kurienwahlrecht gewählt wurde. Erst im Dezember 1933 fanden Stadtratswahlen nach einer demokratischeren Wahlordnung statt – bemerkenswerterweise unter dem Regime der Sanacja. Tatsächlich galten die Ergebnisse der Kommunalwahlen zeitgenössisch als belastbarer als die unter der Sanacja manipulierten Sejm-Wahlen. Dennoch blieben kommunale Spitzenämter für Juden fast unerreichbar, auch in Krakau, das immerhin seit 1933 in Mieczysław Kaplicki einen Stadtpräsidenten hatte, der 1916 vom Judentum zum Katholizismus übergetreten war. Am Beispiel des zionistischen Sejm-Abgeordneten Ozjasz Thon schildert K.-W., wie dessen Aufstieg zu einem jüdischen Vizepräsidenten von Krakau mit allerlei politischen Finessen verhindert wurde. Die 1930er Jahre waren auch in der Kommunalpolitik von einem sich radikalisierenden Antisemitismus geprägt; in Krakau zerbrach die bisherige jüdisch-christliche Kooperation.

Die Fallstudie zu Posen fällt kürzer aus, da viele deutsch akkulturierte Juden und Jüdinnen nach 1918 fortzogen. Diese Veränderung machte sich umso deutlicher bemerkbar, weil jüdische Abgeordnete zuvor, unter preußischer Herrschaft, die größte Gruppe im Stadtparlament gestellt hatten, da sie durch Arbeitsstellen und Eigentum stärker an die Stadt gebunden gewesen seien als die oft nur zeitweise in den Osten des Kaiserreichs entsandten (zumeist evangelischen) deutschen Beamten. Die jüdische Zuwanderung aus Zentral- und Südpolen konnte nach 1918 kein vergleichbares demografisches, wirtschaftliches und kulturelles Potenzial aufbauen. So fanden zum Stadtparlament von Posen zwar bereits 1919 demokratische Wahlen statt, aber seit den Wahlen 1925 waren keine jüdischen Stadtdeputierten mehr vertreten.

Warschau genoss in der internationalen Historiografie bislang die größte Aufmerksamkeit; K.-W. geht daher in dieser Fallstudie häufiger auf Forschungskontroversen ein. Ebenso wie in Posen fanden 1919 die ersten demokratischen Wahlen statt, allerdings war das Stadtparlament direkt dem Innenministerium unterstellt. Eine nennenswerte Zusammenarbeit zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Parteien gab es im Unterschied zu Krakau nicht, vielmehr stellten die Schulpolitik und die Sozialfürsorge stetige Konfliktfelder dar. Die Weltwirtschaftskrise führte zu einer verschärften Konkurrenz um Sozialausgaben. Diesbezüglich kann K.-W. herausarbeiten, dass der seit 1934 amtierende Stadtpräsident Stefan Starzyński seine Spar- und Finanzpolitik nicht nur autoritär, sondern auch anti-jüdisch ausrichtete. Schlaglichtartig zeigten sich die Unterschiede zwischen Krakau und Warschau im Umgang mit dem jeweiligen „jüdischen Viertel“: Während Kazimierz eine allmähliche Aufwertung als touristischer Anziehungspunkt erfuhr, wurden in Warschau

¹ KAREN BARKEY: Thinking about Consequences of Empire, in: KAREN BARKEY, MARK HAGEN (Hrsg.): After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building. The Soviet Union and the Russian, Ottoman, and Habsburg Empires, Boulder 1997, S. 99–114.

mehrere Straßenzüge zum Abriss freigegeben, um eine direkte Verbindung zwischen dem Stadtzentrum und Żoliborz zu schaffen.

In ihrem Fazit konstatiert K.-W., dass die Stadtparlamente in der Zweiten Republik für die jüdische Politik „zur wichtigsten Arena der Partizipation“ geworden seien (S. 259). Überzeugend arbeitet sie zugleich die Wechselwirkungen zwischen jüdischen Gemeinden und kommunaler Selbstverwaltung heraus. Dennoch ließ sich nicht verhindern, dass die kommunale Unterstützung für jüdische Initiativen in Sozialfürsorge, Kultur und Bildung seit Mitte der 1920 Jahre zurückging. Die politische Gleichberechtigung war demnach auf kommunaler Ebene eher erreichbar als die soziale Chancengleichheit.

Das vorliegende Werk trägt den Untertitel „Projekte – Strategien – Dynamiken“. Bei der Lektüre fällt auf, dass darin insofern ein Fingerzeig liegt, als K.-W. den jüdischen Stadtdeputierten in ihrer biografischen Spezifik nur wenig Platz einräumt. Wünschenswert wäre es gewesen, mehr über soziale Herkunft, Ausbildung, Berufssituation, Familienstand oder politische Sozialisation zu erfahren. Allzu knapp streift K.-W. die Rolle der Frauen; lediglich einmal kommt die Warschauer Deputierte Ruchla-Rajza Szejn als Bildungsexpertin zu Wort. Sinnbildlich zeigen die einzigen drei Fotografien in diesem Band die Rathäuser von Krakau, Posen und Warschau – und nicht die Menschen, die in ihnen wirkten. Eine weitere Anmerkung betrifft das Paradigma der Demokratisierung. Etwas unentschlossen wird die hohe Zahl an jüdischen Wahllisten teils als Anzeichen für eine fragmentierte Wählerschaft, teils als „Ausdifferenzierung der Parteienlandschaft“ (S. 171) gedeutet. Dies wirkt demokratietheoretisch zu wenig begründet; ebenso hätten die wechselnden kommunalen Wahlordnungen eine genauere Analyse verdient.

Ungeachtet dessen liegt insgesamt ein in seinen Schlussfolgerungen überzeugender, anschaulich und flüssig geschriebener Beitrag vor, der vielfältige Erkenntnisse über ein zentrales, wenngleich häufig unterschätztes Politikfeld in Polens Zweiter Republik erlaubt.

Dresden – Marburg

Stephanie Zloch

Zwischen nationalen und transnationalen Erinnerungsnarrativen in Zentraleuropa.

Hrsg. von Lena Dorn, Marek Nekula und Václav Smyčka. (Medien und kulturelle Erinnerung, Bd. 4.) De Gruyter. Berlin – Boston 2021. X, 256 S. ISBN 978-3-11071758-7. (€ 49,95.)

Europa eint seine Geschichte. Europa trennt seine Erinnerung. Auf diese plakative Formel lassen sich die Ergebnisse zahlreicher Arbeiten über die Erinnerungskulturen auf dem „alten Kontinent“ bringen – ein Befund, der auch jenseits der einschlägigen Fachzirkel kaum auf Widerspruch stoßen dürfte. Schließlich sind die teils immensen Unterschiede, die zwischen den einzelnen Nationen bei der Wahrnehmung der Vergangenheit bestehen, nur allzu offensichtlich. In vielen Fällen hat man es gar mit konfligierenden Erzählsträngen zu tun. Von daher ist es kaum verwunderlich, dass gerade Befürworter einer intensivierten europäischen Integration eine Verknüpfung oder Vereinheitlichung von Erinnerungsnarrativen als notwendig erachten. Entsprechend viel Aufmerksamkeit hat der Vorstoß der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann gefunden, die wenige Monate nach der Veröffentlichung ihrer Monografie *Der europäische Traum*¹ in einem Interview mit der *taz* für ein „dialogisches Erinnern“ plädierte.²

Assmanns Grundüberlegung, nationale Erinnerungsnarrative „dialogisch“ zu transnationalisieren, teilen auch die Hrsg. des vorliegenden Sammelbandes. Dieser ist aus einem 2019 im Rahmen des Forschungsverbunds „Grenze/n in nationalen und transnationalen Erinnerungskulturen zwischen Tschechien und Bayern“ abgehaltenen Workshop

¹ ALEIDA ASSMANN: *Der europäische Traum. Vier Lehren aus der Geschichte*, München 2018.

² „Etwas Großartiges geschafft“. Aleida Assmann über Europa, in: *taz* vom 21. 05. 2019, <https://taz.de/Aleida-Assmann-ueber-Europa/!5593934/> (06.02.2022).